

Tägliche Omaha Tribune

TRIBUNE PUBLISHING CO.; VAL J. PETER, President.
1311 Howard Str. Telephone: TYLER 340. Omaha, Nebraska.

Preis des Tagesblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post, per Jahr \$5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblatts: Bei früherer Vorabzahlung, per Jahr \$1.50.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Dienstag, den 10. Juli 1917.

Der Gehehentwurf des Abgeordneten Britten und sein Hauptgegner.

Hiermit unterbreiten wir unseren Lesern den Versprechen gemäß den Gehehentwurf des Abgeordneten Britten, wie er dem Kongress zur Zeit vorliegt. Herr Britten ist Republikaner und vertrat den 9. Illinois-Distrikt (einen Teil der Stadt Chicago, wo er auch geboren wurde) auch schon im 63. und 64. Kongress. Seine Bill (S. R. 5187) trägt den folgenden Titel:

„Gesetzesvorlage, die den Präsidenten ermächtigt, vom ausländischen Militärdienst solche Bürger deutscher und österreichischer Abkunft auf deren Antrag zu befreien, deren Blutsbände mit dem Feindeslande den höchsten Anforderungen entgegenstehen, die an unsere Truppen zur Erreichung des Sieges auf feindlichem Boden gestellt werden.“

Die Vorlage ist gedacht als ein Gesetz zur dritten Session der am 18. Mai dieses Jahres angenommenen Gesetzesvorlage, dem sogenannten Konstitutionsgesetz und ist sehr kurz. Sie lautet:

„Bürger deutscher oder österreichischer Geburt oder Abkunft, die für den Militärdienst ausgeschrieben sind, können auf ihren eigenen Antrag hin unter den vom Präsidenten erlassenen Regeln und Regulationen dem Dienst im Seere oder in der Flotte auf amerikanischen Boden oder in amerikanischen Gewässern überwiegen oder im Inlanddienste in Industriezweigen, einschließlich Ackerbau, angestellt werden, die zur Erhaltung des Militärdienstes oder der wirksamen Operation der Streitkräfte oder sonst zur Unterstützung der nationalen Kriegsinteressen nötig befunden werden.“

Ueber den Zweck der Vorlage kann nach unserer Ansicht kein Zweifel bestehen. Dennoch sollte sie nach unserer Ansicht in einem Punkte genauer präzisiert werden. Wenn sie sich auf amerikanischer deutscher Geburt bezieht, kann keinerlei Zweifel darüber bestehen, wor gemeint ist. Wohl aber können solche Zweifel aufkommen, wenn auch amerikanische Bürger deutscher Abkunft eingeschlossen werden. Hier ist eine weitere Erläuterung nötig und eine kleine Abänderung würde genügen. Statt Bürger deutscher Abkunft sollte es heißen: „Hier geborene Bürger von Eltern deutscher Geburt.“ Es gibt viele seit Jahrhunderten in Amerika ansässige Familien deutscher Abkunft, die sich dieser Abkunft wohl bewusst sind, aber seit lange in keinem Verwandtschaftsverhältnis mehr mit Bürgern des Deutschen Reiches stehen.

Gründerbergen vor allem sollte keine Gelegenheit gegeben sein, sich dem Dienste im Felde zu entziehen durch Hinweis auf das Gesetz. Was durch die Britten'sche Bill vermieden werden soll, ist nur das, daß amerikanische Bürger ihren allernächsten Verwandten auf dem Schlachtfeld gegenübergestellt werden, da dies dem Geiste der Truppen schaden könnte. Speziell aber handelt es sich nicht darum, daß amerikanische Soldaten deutscher Abkunft nicht gegen das „alte Vaterland“ kämpfen sollten, wie von gewisser Seite in in englischer Sprache erscheinenden Zeitungen unter erster Artikel ausgelegt wurde.

Der Vorschlag, daß Bürger deutscher Geburt oder Abkunft nicht an die Front geschickt werden, sondern die Dienste von Nichtkombattanten verrichten sollen, ist eine schwere Beleidigung der Deutsch-Amerikaner, die den Versuch, sie in die schiefste Stellung geteilter Loyalität zu bringen, energisch zurückweisen.“ Diese Worte aus dem Munde des in Deutschland geborenen Kongress-Abgeordneten Julius Kahn von California bilden für Deutsch-Amerikaner den markantesten Punkt der großen Unabhängigkeitstheater, die unter zahlreicher Beteiligung in Tammany Hall, New York, abgehalten wurde.

Für die Deutsch-Amerikaner war die Rede des Abgeordneten Kahn, der als führender Republikaner im Hauskomitee für militärische Angelegenheiten sitzt, am bemerkenswertesten. Es wurde gesagt, er sei der erste Republikaner in einer antideutschen Stellung, der von Tammany zu einer Ansprache eingeladen wurde.

„Künftig ist die Ausrangung gemacht worden, Amerikaner deutscher Geburt oder Abkunft nicht in die Schützengräben zu schicken“, rief er. „Es wurde hergeschlagen, ihnen andere Arbeiten zuzuwenden.“ „Ich halte ein derartiges Vorgehen für undenkbar. Es ist lächerlich und anstößig. Es ist eine Beleidigung der Intelligenz der Leute, die aus der Front gehalten werden.“

„Es bedeutet weiter nichts, als diesen Männern zu sagen: Ihr könnt die Regeln machen, aber andere dürfen sie abhaken.“ „Ich selbst bin in Deutschland geboren, aber ich verdamme den Versuch, Männer von meiner Art in die schiefste Stellung geteilter Loyalität zu schicken. Denn, die diesen Plan unterstützen, möchte ich einen Brief Benjamin Franklins an seinen Freund Strahan im britischen Parlament vorhalten: „Ihr habt unsere Dörfer verbrannt, unsere Leute erschlagen. Eure Hände sind mit Blut beschnitten. Wir sind lange Zeit Freunde gewesen. Jetzt sind Sie mein Feind und ich bin der Ihre.“

„Die gleichen Worte kann der Amerikaner deutscher Geburt oder Abkunft der feierlichen Regierung zurufen: „Wir waren lange Zeit Freunde; jetzt sind wir Feinde! Ich trete für mein Adoptivvaterland ein, für die Rechte meiner Mitbürger und für das Vaterland!“

„Ich bezweifle nicht, daß fast alle Deutsch-Amerikaner diesen Standpunkt vertreten werden. Die anderen . . . ja, ich freue mich, daß die Hand der Gerechtigkeit schwerer auf den unwürdigen Geschöpfen lastet, die die Saat des Zwiespalts säen und Unfrieden stiften wollen, wenn Einigkeit nötig ist.“

„Die Schuldigen sollten schnell und schwer bestraft werden, damit sie nicht länger die Lust der Freiheit vermissen. (Sie gratuliere den Behörden dieser Stadt, die prompt den Verrätern das Handwerk legten.“ Herr Kahn beendete seine Rede mit einer längeren Darlegung der Notwendigkeit militärischer Maßnahmen.

Die Entvölkerung Frankreichs.

Die von dem Zeitungs-Korrespondenten Fred V. Pitney berichteten Zustände, die zur Zeit in Frankreich herrschen, werben ein großes Schicksal, auf die furchtbaren und bis jetzt vergeblichen Opfer, die die Franzosen dem Wollst Krieg gebracht haben. Falls die Angaben, die Herr Pitney macht, auf Wahrheit beruhen, so kann auch ein vollständiger Sieg dem französischen Volke noch nicht den letzten Teil der Opfer bringen, die sie der Menschheit und dem Völkerverständnis gebracht haben.

Es war anzunehmen, daß Frankreich bei seiner geringen Bevölkerung von 39 Millionen, von denen außerdem noch 5 Millionen in den von den Deutschen okkupierten Departements wohnen, kein Menschenmaterial in absehbarer Zeit erschöpfen mußte, ja es war geradezu erstaunlich, daß dies bis jetzt noch nicht der Fall gewesen ist. Herr Pitney berichtet nun, zu welchen verwerflichen Mitteln die französische Desertion hat greifen müssen, und die Kampfen in den Reihen ihrer Truppen auszufüllen. Einmalige, Verwundene und solche, die an chronischen Krankheiten leiden, sind jetzt zum Heresdienste herangezogen, aber selbst mit diesen Unzulänglichkeiten kann der neue Jahrgang, der jetzt eingestellt werden soll, nur noch etwa 225,000 Mann bringen.

Das französische Heer hat sich mit einer glänzenden Bravour geschlagen und das französische Volk hat mit beispielloser Geduld alle Opfer auf sich genommen. Aber auch die größte Opferwilligkeit und die glänzende Bravour sind nicht imstande, das Unmögliche möglich zu machen und Frankreichs Heere auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zu halten, wenn es an Menschenmaterial fehlt.

Die französische Armee hat nach Angabe von Herrn Pitney bereits zwei Millionen Tote verloren. Häßt man hierzu die Vermundeten und Verwundeten, so kann man immerhin auf einen Totalverlust von vier bis fünf Millionen rechnen, und das ist bedeutend mehr, als man bisher angenommen hat. Es ist auch mehr, als Frankreich ertragen kann, denn die in den letzten drei Jahren fällig gewordenen Jahrgänge dürften im allergrößten Maße anderthalb Millionen Mann nicht überleben.

Fürdieser wie diese Duffen für Frankreich sind, bilden sie noch nicht das schlimmste Uebel, das Frankreich aus diesem Kriege entgegen ist. Diese zwei Millionen Mann, die in der Blüte ihres Lebens geopfert sind, werden in der Bevölkerungstafel Frankreichs in den nächsten zehn bis

zwanzig Jahren ein Ranko ergeben, das für die Großmachstellung Frankreichs außerordentlich schwer ins Gewicht fallen wird. Frankreich verlor 1870 mit Elsch-Lothringen etwas über zwei Millionen Einwohner. Es hat volle 40 Jahre genommen, ehe durch die natürliche Zunahme der Bevölkerung, einschließlich der Naturalisierungen, dieser Verlust ausgeglichen wurde. Durch die direkten Verluste und den Rückgang der Geburten während des Krieges hat Frankreich jetzt mehr als die Bevölkerungszunahme von 40 Jahren eingebüßt und wird auf Jahre hinaus auf einen Ueberschuß der Sterbefälle über die Geburten rechnen müssen.

Wenn Frankreich sein Ziel erreichen und Elsch-Lothringen zurück erhalten will, so wird es im Laufe der kommenden Jahre zu der Ueberzeugung kommen, daß es einen viel zu hohen Preis dafür bezahlt hat. Auch ein vollständiger Sieg und eine Wiederherstellung des Status von 1870 könnte Frankreich nicht für die Opfer entschädigen, die es in diesem Kriege gebracht hat.

Wahrer Patriotismus.

Soll man Rücksicht auf die Deutschen in diesem Lande nehmen? Das ist eine Frage, die in Chicago in Verbindung mit einem Wandelbild vorliegt. Dieses, das künstlerisch als höchst vollkommen bezeichnet wird, stellt eine Kriegserfodere dar, in welcher deutsche Soldaten wie brutale Bestien sich aufzuführen. Der Chicagoer Jentor hat die Absicht, das Bild auszuwickeln, weil es die Gefühle der Deutschen in diesem Lande fränken würde, die doch an dem Kriege völlig unschuldig sind. Das wollen die Kritiker, welche die Deutscherbege betreiben, nicht gelten lassen. Nach ihrer Auffassung erfüllt das Bild einen wichtigen Zweck, da es patriotisch sei. Diese Behauptung legt die Notwendigkeit nahe, den Begriff von Patriotismus, mit welchem solch gemeinlichlicher Unfug betrieben wird, einer Revision zu unterziehen. Alles, was geeignet ist, eine Klaffe der Bevölkerung gegen die andere zu verheben, ist das Gegenteil von patriotisch, denn wenn ein Land sich im Kriege befindet, ist nichts dringender notwendig, als daß alle Bürger fest zusammenhalten, und das kann nicht geschehen, wenn man eine Klaffe dem Haß und der Verachtung aussetzt. Darauf zu antworten, daß nicht Deutsche in dienst, sondern im Heimatlande bloßgestellt werden, ist eine Spitzfindigkeit. Wenn die Deutschen drüben als Verräter hingestellt werden, so fällt das auf die Deutschen in diesem Lande zurück, und es tritt noch eine hochgradige Empörung über die Unwahrheit hinzu, denn Schurkereien gegen Frauen ist, wie die Deutschen hierzulande wissen, niemals irgend Landelenten nachgesetzt worden. Der Jentor hat seine Entscheidung noch nicht abgegeben. Amerikanischer Gerechtigkeitssinn wird ihn wohl dazu bewegen, das Bild auszuwickeln, das bloß auf die rohen Instinkte und nicht patriotisch zu wirken vermag. — „Cincinnati Volksblatt.“

Für den deutschen Sprachunterricht.

Zu den neuerlichen Behauptungen, aus dem Lehrplan der Volksschulen im Lande die deutsche Sprache auszumazern, hat auch Theodor Stempel, Ex-Präsident des Vorstandes der Nordamerikanischen Turnerbundes und ein Mitglied der Schulbehörde von Indianapolis, wo ebenfalls die Agitation eingeleitet hat, Stellung genommen. Er führt etwa folgendes aus:

„Zu der deutsche Sprachunterricht der Erziehung mindestens nicht zum Nachteil gereiche, dafür liefern die Schulen von Indianapolis den Beweis, in denen dieser Unterricht jetzt 50 Jahren besteht, und die einen hohen Rang im Schulwesen des ganzen Landes einnehmen. Er wolle ja nicht behaupten, daß das allein oder vorzugsweise auf Rechnung des deutschen Unterrichts käme, immerhin zeige es aber, daß dieser Unterricht der Entwicklung der Schule nicht geschadet habe. Uebrigens erklärt auch die Lehrer, daß ihre besten Schüler die waren, die am deutschen Unterricht teilnahmen. Die Teilnahme bei der freien Wahl anbeisgezählt, ein Grund mehr, seine Bekämpfung hinfällig zu machen.“

„Auch daß diese Teilnahme ziemlich hoch sei, dürfte doch auch nicht als Vorwand genommen werden, den Unterricht abzuschaffen.“

„Gar sonderbar sei der Einwand, die Kinder lernten ja nicht genügend Deutsch. Was lernten sie denn an Handfertigkeiten, Zeichen und Musik? Und könnten sie etwa mit ihren Fortschritten im Aufsatz und Buchstabieren, im Rechnen und in Erdkunde diese tun? Die Volksschule sollte doch nur die Grundzüge für die Schule des Lebens bilden.“

„Zu gerade brauchten aber viele die deutsche Sprache, denn sie sei die Sprache vieler Wissenschaften.“

„Zum Schluß wies Herr Stempel darauf hin, daß die ganze Bewegung gegen die deutsche Sprache gerade jetzt doch ein hüfchen den Stempel der Gefährlichkeit trage, und gerade in dieser Zeit sollte man doch alles vermeiden, was Unfrieden im Innern verurursachen könnte. Dieses Seiten gegen eine Sprache sei nichts weniger als erprießlich für das allgemeine Wohl.“

„Aus Col. Roosevelt's Rede.“

„Aus Long Island hat in Forest Hills Col. Roosevelt eine für ihn charakteristische Ansprache bei der Feier des 4. Juli gehalten. Der Colonel zog mit mächtigem Grimm gegen eine Klasse von Leuten los, die seit der Kriegserklärung so gut wie vom Erdboden verschwinden ist, die „Squibs“, die Deutsch-Amerikaner, denen er noch immer geteilte Loyalität zum Vorwurf macht. Er erklärte, wir müßten nur eine Frage und nur eine Sprache für das Volk haben, die englische, und benutzte diese Darlegung zu der Erklärung, daß alle Zeitungen anderer Sprachen mindestens die Ueberhebung aller ihrer Nachrichten ins Englische gleichzeitig bringen müßten. Er sprach auch etwas von der Furcht der Politiker vor den deutschen Stimmen im Lande.“

„Einige der Sätze aus der Rede Roosevelt's sind: „Die Zeit ist gekommen, in der man darf betonen muß, daß sie ihre derzeitige Treue aufwerfen und in guten Glauben offene Deutsche oder offene Amerikaner werden. Der heringende Punkt, den man bei diesen halb verteilten Verrätern im Auge behalten muß, ist, daß ein

Kein Sanitätspersonal deutscher Abkunft!

Dem amerikanischen Roten Kreuz vorläufig die Hände gebunden.

Philadelphia, Pa., 9. Juli. — Wie berichtet, hat kürzlich Herr N. B. Mayer als Präsident des Deutsch-amerikanischen Zentralbundes von Pennsylvania, Herrn Wm. S. Taft, den Vorhörer des Zentral-Komitees des Amerikanischen Roten Kreuzes, gerichtet mit der Bitte um Aufklärung darüber, ob wirklich die genannte Organisation Ärzte und Krankenträgerinnen amerikanischer Nationalität für das Hilfswerk in Frankreich zurückweisen wird, wenn sie deutscher Geburt oder Abstammung sind.

„Jetzt ist aus Washington die Antwort eingetroffen. Im Namen des Amerikanischen Roten Kreuzes schreibt Herr Manton Egan, Herr Taft wäre nicht in Washington, und er sei von Herrn S. P. Davison, dem Vorhörer des Kriegsstates des Amerikanischen Roten Kreuzes, mit der Verantwortung der Depeche Herrn Mayers beauftragt worden. Er erklärt, daß eine antilige Erklärung in Bezug auf die Haltung des Roten Kreuzes am 28. Juni abgegeben und in der Presse veröffentlicht worden sei. Darin war erklärt worden, daß England und Frankreich gegen die Zulassung deutsch-amerikanischer Ärzte und Krankenträgerinnen sind, selbst wenn sie hierzulande geboren sind, aber einen geborenen Deutschen zum Vater hatten.“

„In dem Manton Egan'schen Briefe heißt es: „Eine Prüfung der Tatsachen wird zeigen, daß die Situation außerhalb der Kontrolle des amerikanischen Roten Kreuzes liegt, aber die Nationalbeamten desselben bieten alles, was möglich ist, an, um eine Wiederermäßigung der Frage und eine neue Basis zu sichern, welche unseren ganzen Völkern Gerechtigkeit widerfahren lassen wird.“

Herr Mayer bemerkte dazu: „Ich werde jetzt einen Protest an den Staatssekretär formulieren. Meiner Ansicht nach darf es keiner Nation erlaubt sein, irgend welchen Unterschied unter amerikanischen Bürgern zu machen. Die Vereinigten Staaten haben uns als vollberechtigte, mit allen anderen gleichwertige Bürger aufgenommen, und es ist ein Eingriff in ihre Hoheitsrechte, wenn irgend eine andere Nation diesbezüglich diskriminieren will. Ob der Protest etwas nützen wird, weiß ich nicht. Ich halte es aber für unsere Pflicht, Stellung zu nehmen und dagegen Einspruch zu erheben, doch man uns in eine Spezial-Bürger-Klasse drängen will.“

„Anlassungen der „Zukunft“.“

Amsterdam, über London, 9. Juli. — Maximilian Harden's Beiführer „Zukunft“, die von der Regierung wieder verboten worden ist, teilt ihren Abonnenten mit, dies sei wegen ihrer Ausgabe vom 30. Juli gelassen. In dieser Ausgabe kritisierte das Blatt die von der halb-antideutschen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichte Erklärung über die Grimm-Soffmann'sche Affäre, die zur Folge hatte, daß Dr. Soffmann sein Amt als Chef der politischen Abteilung des schweizerischen Bundesrats niederlegte, und Robert Grimm, ein führender Sozialist, aus Russland ausgewiesen wurde; während gingen Enthaltungen über verunglückte Veruche, Frieden zu stiften.

„In der „Zukunft“ wurde die humane Haltung des schweizerischen Blattes verhöhnt und erklärt, ein baldiger Friede sei nur möglich, wenn entweder Deutschland seine Feinde vernichte, oder wenn es sich in seinen Behauptungen denen der Mehrheit der Welt anschließe. Nur dieses zweite Wunder, erklärte das Blatt weiter, sei für die menschliche Kraft erreichbar; die Ziele der Feinde Deutschlands seien das Recht der Völker auf Selbstregierung; ehrliche, nicht bloß scheinbare Abrüstung; ein internationales Schiedsgericht und ein Nationalenbünd, der die Entscheidungen des Schiedsgerichts durchzuführen hat; Abschaffung einer internationalen Lage, die die Entscheidung über Krieg und Frieden aus den Händen eines Einzelnen nimmt und sie dem Gemeinwesen anvertraut.“

„Wenn Deutschland diese Ziele anerkennen wolle, könne schon morgen der Friede erreicht werden; verwerfe es aber eine Lage, nach der sich Millionen von Menschen sehnen, dann müsse es weiter kämpfen, bis eine der Mächtegruppen siege und die andere zusammenbräche.“

„Es bezog sich in den „Klassifizierten Anzeigen“ der Tribune zu amonieren.“

„William Sternberg Deutscher Advokat“

„Zimmer 950—954, Omaha National Bank-Gebäude.“

„Tel. Douglas 982, Omaha, Neb.“

Sozialisten stehen tren zur Partei!

Mit einer riesigen Mehrheit erklären sich die Mitglieder gegen den Krieg.

Chicago, Ill., 9. Juli. — Mitglieder der sozialistischen Partei in den Ver. Staaten haben mit einer überwältigenden Majorität den Standpunkt der Partei gegenüber dem Kriege ausgesprochen, wie er in dem Mehrheitsbericht der Komitees für Krieg und Militarismus auf der Konvention in St. Louis im April auseinandergesetzt ist. Das Exekutiv-Komitee der Partei, welches gegenwärtig hier in Sitzung ist, kündigt an, daß sich für den Bericht 21,639 und nur 2,752 dagegen ausgesprochen haben.

„Sant dem Referendum opponiert die sozialistische Partei dem Eintritt der Ver. Staaten in den Krieg, beifürwortet jedoch die Anwendung sozialistischer Doktrinen bei den Kriegsmahregeln. Die beiden Hauptbeschlüsse, um die es sich handelt, erklären sich ebenso für die Konfiskation der Mittel der Feinde wie der Rechte für die Armee und für die Vestsübernahme sämtlicher für die Fortführung des Krieges wichtigen Industrien seitens der Regierung.“

Die Unterschiede zwischen den Mehrheits- und Minderheits-Berichten bestehen nur darin, daß die Letzteren den Teil, in welchem der Krieg Amerikas als der ungerechteste in der Geschichte der Welt verurteilt wird, ausgelassen haben.

„Wolp Gerner, Exekutivsekretär der Partei, berichtete am Samstag dem Ausschuss, daß seit der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland über 12,000 neue Mitglieder der Partei beigetreten sind, welche jetzt 81,172 Mitglieder hat (außer den Sozialisten, die nicht öffentlich der Partei beigetreten sind.)“

„Wenn Dr. Weiland Ihre Augen unterfucht, so ergeben Sie dadurch der Gefahr unsicherer Experimente.“

Beim Otto Borjay.
In seinem neuen Lokal 314 Süd 14. Straße. Begehrtesten alkoholfreie Getränke und feiner Lunch.
Dr. L. C. Reich
Deutscher Arzt
Spezialist in Haut-, Choro-, Nerven- und Halskrankheiten.
Office: 306 West-Grand-Gebäude, Omaha.
Wohnung: 5115 Hubbard Ave. in Plattsmouth gegen Zinsen.

Zahnärztliche
Tüchtigkeit
Realität
Ökonomie
Garantie
Freie Unterziehung.
Etabliert 1868
BAILEY The Dentist
Dr. Bailey, From Dr. Shepherd, Md.
706 City National Bldg.,
10th and Harvey Streets,
Omaha.

HELEN MACKIN
Studio: 19 Arlington Block,
1511½ Dodge Str.
Cl. Douglas 9528
Erteilt Piano-Unterricht und unterrichtet auch im Deutschen während der Sommermonate.

Herr Landwirt, Herr Viehzüchter, Herr Milchmann!
Dann wollen Sie \$10 bis \$15 pro füttern, wenn unser \$4 Cornsilage denselben Zweck erfüllt. Bestellt einen
Perfection Concrete Stave Silo
Der ewige Silo.
Einmal gebaut, immer verwendbar.
Keine Erhaltungskosten.
Er ist feuerfest!
Er ist windfest!
Er ist wasserdicht!
Er ist luftdicht!
„Ein Gebäude der dauernden Schönheit und Freude.“
Nach unserem Plan sind die Baukosten sehr niedrig und im Bereich eines jeden Landwirts.
Schreibt für unsere Bedingungen und ausführliche Beschreibung.
JOHN LOWERY
Silo-Baumeister.
809 N. 48. Str. Omaha, Neb.

Es erweist sich als großer Schlager!
Storz BEVERAGE
Das neue und delikate Getränk!
Erquickend, erfrischend und nachhaft.
Das Beste auf dem Markt!
Kann ohne U. S. Regierungs-Lizenz und ohne mit den Prohibitions-Gesetzen in Konflikt zu kommen in irgend einem State verkauft werden.
Wir garantieren es. Verkauft in Faß und Flaschen
so immer gesunde und erfrischende Getränke serviert werden.
STORZ BEVERAGE & ICE CO. Omaha, Nebraska

Hulse & Riepen
Deutsche Leichenbestatter
Drie S. Gulle, Balmut 595
C.S.R. Riepen, Garney 5564
701 Süd. 16. Straße
Tel. Dougl. 1226. Omaha.

Versteigert bei Einfäusen auf die „Tribüne“.